

Regionalkraftwerk unter Beschuss

Die Innsbrucker Kommunalbetriebe (IKB) starten für ihr Projekt Regionalkraftwerk Mittlerer Inn einen Prozess, bei dem die Bevölkerung der Region eingebunden werden soll. Einer Initiative aus Flauring ist das zu wenig.



Das Stauwehr des Regionalkraftwerkes ist bei Polling geplant. Insgesamt sind acht Gemeinden – von Telfs bis Zirl – vom Kraftwerksprojekt betroffen. Foto: Visualisierung IKB

Foto: IKB

Von Nikolaus Paumgarten

Innsbruck – Walter Schiffner und seine Mitstreiterinnen und Mitstreiter fühlen sich übergangen. Die Bürgerinitiative, die aus Bewohnern der Siedlung Flauring-Bahnhof hervorgegangen ist und sich inzwischen mit Aktivisten anderer Gemeinden vernetzt hat, ist seit einigen Wochen aktiv und hat sich den Kampf gegen das von den Innsbrucker Kommunalbetrieben (IKB) geplante Regionalkraftwerk Mittlerer Inn auf die Fahnen geheftet.

„Wir, die betroffenen Bürger, sind von Anfang an nicht ernst genommen worden“, erklärt Schiffner. Von einer Einbindung, wie das die IKB stets propagieren würden, könne keine Rede sein. So seien sie etwa im Vorjahr vom Flauringer Bürgermeister Gerhard Poscher erstmals über Probebohrungen in ihrer Nachbarschaft informiert worden, als diese bereits voll angelaufen waren. Die Tatsache, dass Poscher überdies selbst mit seiner Firma in die geologische Auswertung der Bohrungen involviert ist, habe sie schließlich um das letzte Vertrauen in die Verantwortlichen des 120-Millionen-Euro-Projektes, aber vor allem auch um das Vertrauen in die Gemeindepolitik gebracht.

BM Poscher selbst erklärt auf Nachfrage der TT, stets betont zu haben, sich im Fall eines Interessenkonfliktes in erster Linie seinem Privatberuf und seiner Firma, einem Ziviltechnikerbüro für Geologie, verpflichtet zu fühlen. Entsprechend habe er auch die Konsequenzen gezogen und die politische Zuständigkeit das Kraftwerk betreffend an seine Vizebürgermeisterin abgegeben.

Dass in der Kommunikation rund um die Probebohrungen bisher nicht alles ganz glücklich abgelaufen ist, räumte IKB-Vorstandsdirektor Harald Schneider gestern im Rahmen einer Pressekonferenz selbstkritisch ein: „Es ist sicher so, dass wir da ein Informationsdefizit gehabt haben.“ Das soll sich aber ab sofort ändern.

Die IKB wollen bei der Umsetzung des Regionalkraftwerks Mittlerer Inn im Rahmen einer so genannten Öffentlichkeitsbeteiligung auf Transparenz setzen. Vorgesehen ist dabei die Einrichtung von runden Tischen. Die Themen dafür werden in den Regionalforen festgelegt – jenem Gremium, dem neben den Bürgermeistern und der IKB-Chefetage auch das Planungsteam, Experten und externe Mediatoren angehören. Interessierte Bürgerinnen und Bürger aus den vom Kraftwerksbau betroffenen acht Gemeinden sind dann eingeladen, sich zu den Themenbereichen einzubringen. Ziel ist es, Anregungen aus der Bevölkerung anzuhören, Fragen zu

diskutieren und zu beantworten, wie Krista Sommer von der SVWP-Kommunikationsmanagement GmbH erklärt, die den Prozess begleiten und moderieren wird. Die ersten beiden Themen sind bereits festgelegt. Im April sollen Fragen rund um die Grundwassersituation beantwortet werden. Ein Bereich, der eigentlich erst später diskutiert werden sollte, man habe aber auf die Bedenken der Bewohnerinnen und Bewohner von Flauring-Bahnhof reagiert, die eine massive Verschlechterung ihrer Grundwassersituation befürchten. Ein zweiter runder Tisch zum Thema regionale Entwicklung und Naherholung ist im Juni geplant. Zusätzlich zu den runden Tischen und dem Angebot, sich jederzeit über den Projektstand zu informieren, biete man der Bürgerinitiative die Teilnahme an regelmäßigen Jour-fixe-Terminen an, wo das Planungsteam gemeinsam mit Experten den Aktivistinnen und Aktivisten Rede und Antwort stehen will.

Ein Angebot, von dem sich die Initiative in einer ersten Reaktion wenig begeistert zeigt. Man habe nicht das Gefühl, dass man sich von diesen Terminen viel erwarten könne, heißt es seitens der Gruppe. Ein erstes Treffen mit Projektleiter Reinhold Gruber vergangene Woche sei nämlich alles andere als zufriedenstellend verlaufen. „Auf zwei Drittel unserer 45 Fragen haben wir überhaupt keine Antwort bekommen“, berichtet Initiativen-Sprecher Walter Schiffner. Er fordert die Einbindung der Initiative in die Regionalforen. „Wenn es nichts zu verheimlichen gibt, muss das möglich sein“, so Schiffner.

Tiroler Tageszeitung, Printausgabe vom Sa, 10.03.2012